

„Asyl oder nicht, Hauptsache eine Antwort“

DAS LANGE WARTEN. Vanes Sprotiva wartet seit fünf Jahren auf die Entscheidung, ob er in Österreich bleiben darf. Im Kosovo gehört er zur Minderheit der Gorana, die laut UNHCR zum Teil einem Verfolgungsrisiko ausgesetzt sind.

VON ANIA HAAR

Ob positiv, ob negativ“, sagt Vanes Sprotiva, „eine Antwort will ich.“ Seit insgesamt zehn Jahren wartet der 32-Jährige nun schon auf Asyl. Davon fünf Jahre in den Niederlanden – dort allerdings kam in allen drei Instanzen ein negativer Bescheid. Anders als bei seinem Bruder, der eine sehr ähnliche Fluchtgeschichte hat. Ihm gewährten die Schweizer Behörden sofort Asyl. Dabei gilt das schweizerische Asylrecht als wesentlich strenger.

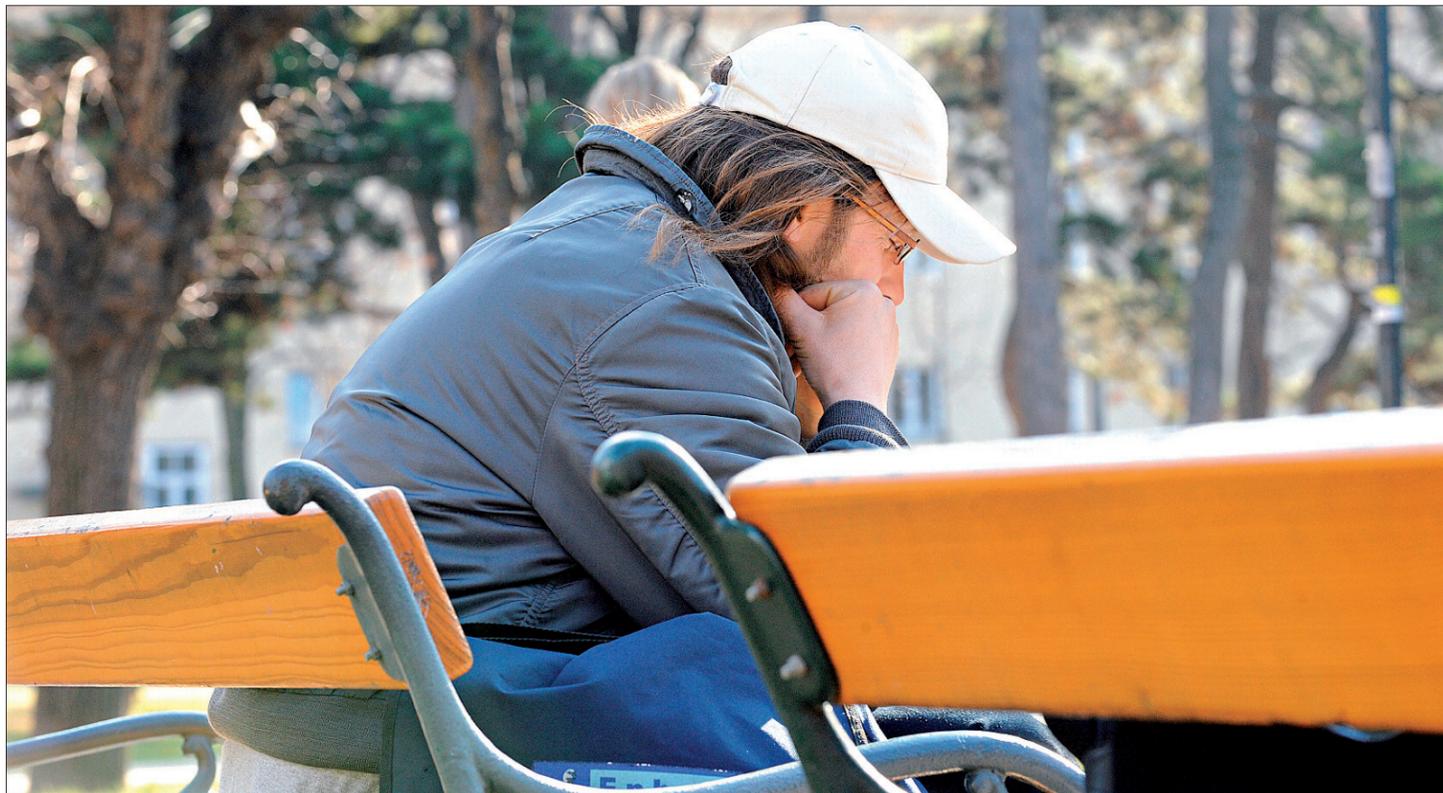
Vanes Sprotiva ist ein Gorana. Gorana sprechen einen slawischen Dialekt, sind Moslems und gehören neben Aschkali, Torbeschen, Roma und Kosovo-Ägyptern einer ethnischen Minderheit an, die während des Kosovo-Konflikts zwischen die serbischen und albanischen Fronten geraten sind. Die Gorana-Community hält sich deshalb auch in Österreich in der Öffentlichkeit zurück. Untereinander ist man aber im ständigen Kontakt.

Flucht nach Holland

Sprotiva ist vom Dezember 1998 bis Juni 1999 von der jugoslawischen Armee zwangsmobilisiert und in den Kosovo verlegt worden. Nach dem Krieg müssen die Goraner mit Kollaborationsvorwürfen leben. Zurück aus dem Krieg wird er Opfer körperlicher Übergriffe. Eine Bombe ist hinter dem Haus seines Vaters explodiert – wegen seiner Militärvergangenheit, behauptet er. Laut eines Berichts des Uno-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR kam es vor allem bis in die erste Hälfte 2001 zu zahlreichen Übergriffen auf Gorani. Sprotiva zog jedenfalls die Konsequenzen – im Jahr 2000 flüchtet er nach Holland.

Als er dort einen negativen Bescheid bekommen hat, geht er freiwillig 2004 nach Serbien in die Provinz Kosovo zurück. Doch in seinem Dorf Globocica wird er erneut Opfer von Gewalttaten. Sein Vater gibt ihm Geld, er soll wieder flüchten. 2005 in Österreich angekommen, ersucht er um Asyl. In erster Instanz bekommt er einen negativen Bescheid. Im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention ist er keiner Verfolgung ausgesetzt.

Auf die Entscheidung der zweiten Instanz wartet er immer noch. „Ich rufe regelmäßig im Bundesasylamt an und frage, wann die Antwort kommt.“ Die letzte Anhörung fand im Oktober 2009 statt. „Mein Betreuer sagt, nächste Woche bekommst du eine Antwort.“



Warten, viel mehr kann Vanes Sprotiva nicht machen. Seit rund fünf Jahren hofft er auf einen positiven Asylbescheid.

[Michaela Bruckberger]

Ich rufe nächste Woche an, und er sagt dann, in einem Monat kommt der Brief.“ Seitdem sind wieder fünf Monate vergangen.

Plausible Fluchtgründe

Jeder Asylwerber muss seine Fluchtgründe plausibel erklären können. Dann werden die aktuellen oder vorhandenen Länderinformationen zur weiteren Beurteilung zugezogen. „Wenn wir die Informationen zusammenstellen und aufarbeiten, muss die Informationsquelle nachvollziehbar sein“, sagt Andrea Jakober von Accord, einem Informationsdienst

des Roten Kreuzes. Accord sammelt veröffentlichte Quellen aus allen Regionen der Welt und publiziert diese auf einer Website. Dabei gilt: „Neutralität ist das höchste Gebot, denn wir dürfen kein Interesse am Ausgang eines Verfahrens haben.“ Sowohl das BAA als auch Anwälte, die Asylwerber vertreten, zählen zu den Kunden von Accord. Das Bundesasylamt verfügt zusätzlich über einen eigenen Informationsdienst, der auch auf Verbindungsbeamte vor Ort zurückgreift.

Bis 2006 haben Gorana aus dem Kosovo fast problemlos Asyl bekommen. Zwar tauchen keine Goraner in den Statistiken auf, weil eine Aufteilung in die Minderheiten nicht erfolgt. Dennoch kann man ihre Zahl schätzen, denn Goraner werden als Serben gezählt.

2006 machten sich Mitarbeiter des Innenministeriums zur „Fact-Finding-Mission“ in den Kosovo auf – um die Lage der Minderheiten zu erkunden. Die Ergebnisse dieser Reise sind in die Staatedokumentation eingeflossen. Seitdem ist es für Goraner schwerer geworden, Asyl zu bekommen.

„Für mich ist die Datenlage nicht ausreichend, um Schlüsse über die Lage der Goraner zu ziehen“, sagt Thomas Schmidinger,

Politikwissenschaftler und Lektor an der Uni Wien. Er sei selbst 2008 in den Kosovo gefahren, um sich zu informieren: „Und mein Bild ist ein anderes.“

Nach dem aktuellen UNHCR-Bericht vom Jänner gilt Folgendes: Die Situation der Minderheiten im Kosovo hat sich nicht wesentlich verbessert. Dazu kommt: Personen, die unter dem Verdacht der Zusammenarbeit mit dem serbischen Regime nach 1990 stehen, unterliegen besonderem Verfolgungsrisiko. Zu dieser Gruppe gehört auch Vanes Sprotiva.

Jahre des Wartens

Vom Asylzentrum, wo er wohnt, bis zum nächsten größeren Dorf, sind es sieben Kilometer. Einsamkeit plagt ihn. „Ich würde gern eine Frau kennen lernen“, sagt er, „das kann ich mir aber nicht leisten.“ Denn Fahrkarten sind teuer, „und ich müsste sie ins Café einladen, aber ein Kaffee und Gebäck kosten um die fünf oder sechs Euro“, erzählt er. 40 Euro hat er im Monat zur Verfügung. „Man sagt, zwischen 20 und 30 Jahren ist die schönste Zeit des Lebens“, meint er, „aber was für ein Leben habe ich?“ Sein Leben besteht hauptsächlich aus Warten. Warten auf eine Antwort.

Ein Preis, der Bewusstsein schaffen soll

ORF und Verein „Wirtschaft für Integration“ initiieren Integrationspreis.

Sich den Anforderungen unserer transkulturellen Gesellschaft stellen und kreative, innovative sowie lösungsorientierte Projekte bekannt machen, fördern und auszeichnen – das haben sich der Verein „Wirtschaft für Integration“ und der ORF zum Ziel gesetzt, als sie den „Österreichischen Integrationspreis 2010“ ins Leben gerufen haben.

Menschen, Vereine, Unternehmen oder Gemeinden, die Initiativen im Bereich Integration setzen, sollen geehrt werden. Bis zum 23. April 2010, 12 Uhr, können Projekte eingereicht und Personen nominiert werden. Eine Fachjury entscheidet über die Qualität der Konzepte. Die 16 nominierten Projekte werden im Mai im ORF vorgestellt. *el*

<http://integrationspreis.orf.at>

AUF EINEN BLICK

■ **2009** wurden 15.827 neue Asylanträge gestellt. 13.111 Verfahren wurden abgeschlossen, davon 3151 positiv, 19.764 negativ. Die Zahl der positiven Bescheide von Asylwerbern aus Serbien ist von zwölf Prozent (2006) auf drei Prozent (2009) gesunken.

■ **Zweite Instanz.** Jeder dritte echte Konventionsflüchtling wird laut UNHCR erst von der zweiten Instanz „entdeckt“ – und muss lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Zusammenschluss: Neue Allianz in der Antirassismuserbeit

Fünfundzwanzig NGOs setzen sich im Netzwerk „Rechte – Chancen – Pflichten“ für einen Paradigmenwechsel im Staat ein.

VON ARAM GHADIMI

Migration und Integration sind Streitbegriffe, die in der Öffentlichkeit vor allem unter negativen Vorzeichen diskutiert werden. In diesem überwiegend negativen Klima entstand eine neue, für Österreich einzigartige Allianz: Der Verein Zara (Zivilcourage und Antirassismuserbeit), die Initiative Minderheiten und die Volkshilfe Österreich sind nur drei beispielhafte Nichtregierungsorganisationen, die sich im Netzwerk „Rechte – Chancen – Vielfalt“ zusammengeschlossen haben.

Das Netzwerk steht für einen neuen, dem eigenen Anspruch nach positiven Weg im Integrati-

onsdiskurs: Das österreichweite Bündnis, dem 25 NGOs angehören, entstand 2008 im Zuge der Integrationsplattform der Bundesregierung. „Integration braucht rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit aller Bürger bei gleichzeitiger Wahrung und Förderung kultureller Vielfalt“, heißt es im dreiseitigen Maßnahmenkatalog.

Wunde Punkte der Integration

Wörtlich geht es den Netzwerkern um die „Verbesserung bei Aufenthaltsverfestigung und Familienzusammenführung“ und ein „gesichertes Aufenthaltsrecht nach bestimmter Aufenthaltsdauer“, aber auch um eine „Verbesserung des Niederlassungsrechts“ sowie die

„Abschaffung der Integrationsvereinbarung“.

Die NGOs zielen dabei auf jene wunden Punkte, die in der Integrationspolitik besonders häufig kritisiert werden, seien es „staatliche Maßnahmen gegen Diskriminierung“, der „Abbau von Bildungshürden – Stichwort Schulreform – bei Kindern und Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund“ oder ein „verbessertes Zugang zu sozialen Leistungen“.

Rund um diese und ähnliche Punkte könnten, so die Befürchtung der Netzwerkler, zukünftig Konfliktherde entstehen, wenn weiterhin eine Politik des Wegschauens praktiziert werde. Die NGOs erwarten insbesondere vom nahenden Wiener Wahlkampf wie-

zu einer Auftaktkonferenz am 26. März, im Wiener Albert Schweitzer Haus, bei der Experten zu Fragen des Zusammenlebens diskutieren werden. Danach sollen von April bis Juni im Rahmen einer Workshop-Reihe Handlungsanleitungen entwickelt werden, wie man es besser machen kann, als es derzeit geschieht.

der einiges Anstößiges in Hinblick auf Migranten. In diesem Sinne werden schon vorab „13 Anstöße für Österreich“ in einer gleichnamigen Veranstaltungsreihe thematisiert werden. Das langfristige Ziel der Initiative ist die Schaffung eines eigenständigen Staatssekretariats für Migration.

Der lose Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen lädt

Tipp: Veranstaltungsreihe zukunftsraume: „13 Anstöße oesterreich – verschieden und gleich. Auftaktkonferenz: Fr., 26. März 2010, neun bis 18 Uhr, Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstraße 13; 1090 Wien. Info und Anmeldung im Web unter:

<http://nwrvc.pbworks.com>

MEDIA www.m-media.or.at
Diese Seite wird von Mitarbeitern des Vereins M-MEDIA in redaktioneller Unabhängigkeit mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien gestaltet.
diepresse.com/integration